

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Verantwortlicher Redacteur
Herzog
Mittwoch 10-12 Uhr.
Donnerstag 4-5 Uhr.
Für die Abgabe einzelner Nummern
muss bei der Redaction nicht
verhandelt werden.
Annahme der für die nachfolgende
Nummer bestimmten
Interim an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Ställen für Inf.-Annahme:
Ecke Klemm, Universitätsstr. 22,
Scheidtstraße, Rathenauerstr. 19, v.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 370.

Freitag den 10. December 1880.

74. Jahrgang

Kuflag 16,400
Abonnementpreis vierteljährlich
incl. Frachtlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 5 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schüler für Extrablätter
ohne Postbestellung 20 Pf.
mit Postbestellung 40 Pf.
Einzelne 5 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Größere Schriften laut amtlichem
Verzeichnisse. — Tabellarischer
Cah nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Pf. u.
Interim sind bei an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

Gewerbekammer Leipzig.

Montag, den 13. Dd., Nachmittags 5 Uhr öffentliche Plenarsitzung im Sommerlocale.
Tagesordnung:
1. Registre.
2. Bericht des Berichts-Ausschusses über das vom hiesigen Stadtrath geforderte Gutachten, ein Verbot des Ausführens von Baaren betreffend.
3. Bericht über die Statistiken-Conferenz deutscher Gewerbekammern.
4. Erklärungen verschiedener Innungen über Wiedereinführung der Reise-Unterstützungen.
Leipzig, am 10. December 1880. B. Hädel, Vors. Herzog, Secr.

Kirchenvorstandswahl zu St. Nicolai.

Nach unserer Bekanntmachung vom 27. October a. e. scheiden aus dem Nicolai-Kirchenvorstande demnachst aus die Herren Buchbindemeister Fröhe, Oberlehrer Feder, Kaufmann Landmann, Buchhändler Hoff, Rechtsanwalt Schrey, Professor Dr. Harnde; und soll nunmehr die Bormahme der
Renwahl von 6 Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu St. Nicolai

künftig
Montag, den 13. December, Vormittags von 8 bis Nachmittags 4 Uhr
in der Capelle der Nicolai-Kirche stattfinden.
Zur Wahl berechtigt sind nur die auf Grund erfolgter Anmeldung in die Wahlliste eingetragenen Gemeindeglieder; die Liste liegt

vom 7. bis mit 9. December a. e.

bei Herrn Küster Fuchs, Nicolai-Kirchhof Nr. 9, zu Jedermanns Einsicht aus.
Wählbar sind alle stimmberechtigten Mitglieder unserer Kirchengemeinde, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben; die obengenannten ausstehenden Herren sind sofort wieder wählbar.
Die Wahl, bei welcher das Augenmerk auf Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne und kirchlicher Einsicht und Erfahrung gerichtet werden soll, muß durch persönliche Abgabe eines die Namen der gewählten 6 Personen enthaltenden Stimmzettels erfolgen.
Wir wiederholen unsere Bitte an alle in die Wahlliste eingetragenen, die Bormahme der Wahl selbst nicht verabsäumen zu wollen.

Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai.
D. Fr. Wilsfeld, Pastor.

Russische Umrirbe.

Die Flotte der Großmächte ist in alle Winde zerfallen und das elende Nest, um welches sie in die Adria gesandt wurde, in die Hände der „Krebsthoren“ Montenegro überliefert worden. So ruhmlos diese Affäre, welche eine Zeit lang alle Welt in Atem gehalten hat, auch verlaufen ist, so ist dennoch den Kindern der „Schwarzen Berge“ gar mächtig der Kamm geschwollen. Man empfindet heute in Eettinje mit größter Genugthuung, daß ganz Europa ausgeboten wurde, um die „gerechten“ Forderungen des Landes zu erfüllen. Noch fehlt der Königstitel für den Fürsten Nikita und diese Komodie der Zeitgeschichte wäre vollständig und mit Glanz zu Ende gespielt.
Wir werden also für die Folge nicht mehr von der so rasch berüht gemordenen Dulcignofrage zu hören bekommen. Selbst der Name dieses albanesischen Ortes soll gelüht und eine montenegrinische Umlaufe vorgenommen werden. In dessen die große Frage, deren einen Theil diese traurige Affäre bildete, die orientalische Frage überhaupt, ist bis zur Stunde ungelöst geblieben. Es mag Leute geben, die gutwillig genug sind, in dieser Beziehung anderer Meinung zu sein; aber dieser Gläubigen werden nicht allzu viele sein. Montenegro hat jetzt eine feste Position am Adriatischen Meere und das bedeutet für Westeuropa nichts weiter, als daß nun auch Rußland einen Seehafen an jener Küste hat; denn die Montenegriner sind nichts weiter als russische Borposten. Sie haben sich stets an das Jarenreich angelehnt, aus diesem Hülfsgelder, Kanonen und gute Rathschläge bezogen, und sie werden das auch fernerhin thun; denn für sich allein, aus eigener Kraft, ist Montenegro unfähig, ein geordnetes Staatswesen zu bilden. Fürst Nikita selbst versteht über dem Bestreben, sich in den Rimbus eines honorarischen Soldatenkumms zu hülsen, daß er weiter nichts als ein russischer Vasall, eine Marionette des Jaren ist, die bei einer ersten Gehaltung der orientalischen Frage verschwinden muß.

belehrt uns hinreichend darüber, wie die Russen das Ostreichthumswort zu betreiben pflegen. Wenn in Konstantinopel statt der türkischen Paschas die Ignatieff und Genossen regieren, was hat dann das Volk am Bolschows gewonnen?
Die unheimliche Oer der russischen Staatsmänner, Konstantinopel zu besetzen, ist es, welche die Stamme des Orientkrieges immer und immer wieder entzündet. Die Gortschakoff und ihr Anhang unter dem russischen Mittelmittel sind die eigentlichen Störenfriede im Orient. In Europa hat sie bei Kantschmiede ruhig gewähren lassen, hat sie bei ihrem Treiben zeitweilig noch unterstützt oder ihnen den Rücken gedeckt! Hier liegt der kritische Punkt. Wenn Europa sich entschließen kann, den russischen Umrirben entgegen zu wirken, könnte der Orient zur Ruhe kommen. Aber Europa ist nicht einig und daher ist eine friedliche Lösung der orientalischen Frage ein Ding der Unmöglichkeit.

Politische Ueberstcht.

Beipzig, 9. December.

Zu den heute im Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses beginnenden Verhandlungen über den Cultusetat wird uns aus Berlin geschrieben: „In einer Sitzung der nationalliberalen Fraction stand (am Mittwoch) der Etat des Cultusministeriums zur Berathung. Es herrschte zunächst allseitiges Einverständnis darüber, daß der Standpunct des im September vor. Jahres aufgestellten Programmes der Fraction in Bezug auf Kirche und Schule vor dem Hause und dem Lande von Neuem bezeugt werde. Im Einzelnen wurde gerügt, daß der Dispositionsfonds zur Befolgung des Schulgesetzes, auch zu Remuneration für solche Schulinspektoren, welche dieses Amt nur als Nebenamt bekleiden, verfügbar gemacht werden solle, und ebenfalls allseitig acceptirt. Schließlich kamen mehrere Localfragen von untergeordneter Bedeutung zur Erörterung. Die zweite Berathung des Cultusetzes im Plenum wird, wie man rechnet, drei höchstens vier Tage in Anspruch nehmen. Es bleiben sodann nur noch die in die Budget-Commission vromiesenen Theile des Etats zu erledigen. Die Möglichkeit, die gesammte Etatsberathung vor Weihnachten zu vollenden, ist bei dem beschleunigten Tempo, das die Debatten in den letzten Tagen angenommen, noch nicht ganz ausgeschlossen. Die nächst dringliche Arbeit wird dann das Zuständigkeitsgesetz sein. Die Verwaltungs-Commission wird sich nach Vollendung der Vorberathung des Zuständigkeitsgesetzes unverzüglich an die Kreisordnungsentwürfe machen. Doch erhält sich die Ansicht, daß, wenn wichtige Vorlagen wegen Zeitmangels unerledigt bleiben müssen, dies Schicksal vor allem die Kreisordnungsentwürfe treffen würde.“
In den Fractionenberathungen mehrerer Par-

teien ist u. A. auch die Frage des protestantischen Cultuskampfes und der ihn charakterisirenden bekannten Fälle (Werner, Halencleber, Beesemayer u.) zur Sprache gekommen. Bei der nationalliberalen Fraction ist zwar noch nicht der Bericht einer von derselben niedergesetzten Commission erstattet, welcher aus einem alt-preussischen und drei hannoverschen Juristen besteht, aber die Mehrheit war, wie man uns aus Berlin schreibt, über die Rahmregelung der Ortsnabrücker Pastoren mit der Auffassung des Abg. v. Bennigsen einig, wie sie derselbe in einer Zuschrift an den Redacteur der Osnabrücker Zeitung, Dr. Küchling, äußerte. In diesem Schreiben nennt der Abg. v. Bennigsen die Fälle Regula und Beesemayer im höchsten Grade unzulässig und Kergerniß erregend und spricht die Hoffnung aus, daß eine nähere juristische Prüfung die Möglichkeit ergibt, die Sache endlich beizukommen und Abhilfe zu schaffen. Jedenfalls wird auf die Initiative einer der liberalen Fractionen bei der Debatte des Cultusetzes für die gedachten wie für andere Fälle des protestantischen Cultuskampfes zu rechnen sein. Man ist in Berlin mit Recht gespannt auf die Haltung, die der Cultusminister von Patlakamer diesen von der bekannten einflussreichen pietistischen Partei in Scene gesetzten Angelegenheiten gegenüber einnehmen wird.
Ueber die Wahlstatistik der Fortschrittspartei und der Seceffionisten wird uns aus Berlin geschrieben: „Innerhalb der Fortschrittspartei und der liberalen Vereinigung besteht die Absicht, die angebahnte Verschlingungsbewegung f. B. dadurch zu einem weiteren correcten Ausdruck zu bringen, daß bei den Reichstagswahlen ein gemeinsamer Wahlausruf erlassen wird. Eine solche Action bedingt noch nicht, daß eine factische Verschlingung der beiden Fractionen vorausgesetzt, weil keine derselben es für wünschenswerth erachtet, ihre Freiheit und Selbstständigkeit aufzugeben. Aber in der Wahlstatistik, die verschieden von der parlamentarischen ist, können und wollen sich die meisten Elemente der beiden Parteien immerhin auf die Vorbereitungen zur Bildung einer großen liberalen Partei vereinigen.“ Auch uns erscheint die wirkliche Verschlingung des Fortschritts und der liberalen „Seceffion“ nur noch eine Frage der Zeit.

Es mehren sich die Anzeichen, daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt im Februar mit einer Sturmfluth von Petitionen um Erhebung der obligatorischen durch die facultative Civilehe überschüttet werden wird. Aller Orten ist die Orthodorie thätig, um Massenbeschwerden der angeblich in ihrem Gewissen bedrängten Landbevölkerung zusammenzubringen, und die Leiter der Bewegung haben bereits dafür gesorgt, sich auch im Bundesrath werththätigen Anhang zu sichern. Die mittelstaatlichen Regierungen freilich, Mecklenburg voran, die in dieser Frage ihre Selbstständigkeit erproben und den kirchlichen Ultraas die Kasernen aus dem Feuer holen möchten, werden sich sehr bald überzeugen, daß Fürst Bismarck, einmüthig wenigstens, nicht beabsichtigt, die Aufhebung der Civilehe als festen Factor in sein Programm zu stellen. Es kommt hierbei in Betracht, daß eine entsprechende Revision nur möglich wäre unter der Beihilfe des Centrums, und daß dieses gewillt ist, die Beseitigung dieser Institution nicht als ein eigenes Anliegen, sondern als eine Gefälligkeit zu behandeln, die es den conservativen Freunden erwiesen soll.

Der Militäretat pro 1881/82 fordert für Preußen und für die unter preussischer Verwaltung stehenden Contingente an dauernden Ausgaben 265,657,377 Mark, d. i. 14,572,449 Mark mehr, für Sachsen 21,402,029 Mark, mehr 2,345,162; für Württemberg 14,464,958 Mark, mehr 722,102. An einmaligen Ausgaben für den preussischen Etat 22,289,702 Mark, mehr 15,738,139; für Sachsen 3,206,800 Mark, mehr 2,772,644; für Württemberg 705,271 Mark, mehr 75,041. Das Extraordinarium des Militäretats beträgt, wie bereits mitgetheilt, 23,575,004 Mark, weniger 4,780,361.
Das Beglückwünschungstelegramm des Herzogs von Braunschweig an das zur Feier der Geburt des Welfenprinzen gebildete Festcomité in Hannover ist, wie der „D. C.“ aus Berlin meldet, von der Telegraphenverwaltung in Hannover seines Inhaltes wegen in Beschlag genommen worden und nicht zur Aushängung gelangt.
Die Errichtung eines Parlamentsgebäudes scheint wiederum in weite Ferne gerückt. Man schreibt uns aus Berlin: „Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung wird sich demnachst über die Frage schließig machen müssen, ob sie der zwischen dem Reichsanwalt und dem Magistrat getroffenen Vereinbarung betrefend der Verlegung der Sommerstraße, um den für den Reichstagsbau aussersehenen Platz des Palais Rocapalli zu erweitern, ihre Zustimmung geben will. Da an-

scheinend kein Grund vorliegt, diese Frage zu verneinen, so kann die Sache, soweit die städtischen Behörden in Betracht kommen, als abgeschlossen gelten. Ebenso sicher ist, daß dem Reichstage bald nach seinem Zusammentritt eine Vorlage zugehen wird, welche zum dritten Male das Palais Rocapalli als Platz für das Parlamentsgebäude in Vorschlag bringt. Hier aber wird die Berechnung ungewiß. Für wahrscheinlich darf man noch immer halten, daß sich auch diesmal keine Mehrheit für den Plan finden, vielmehr die Zahl Derer sich gemachsen zeigen wird, welche unter den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht an den Bau eines Parlamentshauses herangehen wollen.“

Der Berliner Correspondent der „Times“ telegraphirt seinem Blatte, daß die chinesische Regierung durch ihren Gesandten bei der Sietiner Gesellschaft „Gulcan“ einen Contract bezüglich des in 18 Monaten zu bewerkstelligenden Baues eines großen Dampfschiffes abgeschlossen habe. Das Schiff soll die Größe der deutschen Panzerfregatte „Preußen“ und „Großer Kurfürst“ haben; die zwei Thürme werden mit fünf Geschützen von 32 Centimeter Durchmesser ausgerüstet sein. Der Correspondent fügt hinzu, daß englische Ingenieure der Ansicht seien, die Sietiner Werte könnten derartige Arbeiten gerade so billig und so gut liefern als die Kaufleute an der Themse oder am Clyde.

Die „Frankfurter Presse“ meldet aus Frankfurt a. M., 7. December: In der Nacht zum 20. October, dem Eröffnungstage des Odenhauses, waren eine große Anzahl Pamphlete gegen den Kaiser an Häusern angehängt, die in früher Morgenstunden entdeckt und entfernt wurden. Jetzt ist es dem Chef der Criminal-Abtheilung, Polizeirath Dr. Rump, gelungen, die Verbreiter dieser Fugsschrift zu ermitteln. Dieselben gehören einer socialdemokratischen Verbindung an. Draufrequisit derselben, sowie Platten und Formen zu der Fugsschrift, wurden in dem Dachboden eines alten Hauses der Judengasse noch vorgefunden. Bereits 16 Personen wurden verhaftet, im Befolge Einzelner sollen sich dieselben compromittirte Correspondenzen mit im Anlande wohnenden Agitatoren vorgefunden haben. Einige der Verhafteten sollen bereits Geständnisse gemacht haben. Ob hier schon hochverräterische Handlungen vorliegen oder nur Vergehen gegen das „Socialistengesetz“ wird die Untersuchung ergeben.

Die „Elsaß-Lothringische Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Statthalters, betreffend die Einsetzung von Bezirksunterlehrern für jeden der drei Bezirke des Landes. Dieselben bestehen außer dem Bezirkspräsidenten und dem Schulrath des Bezirks, sowie einem Kreisinspecteur aus Vertretern der Geistlichkeit aller Confessionen, je zwei richterlichen Beamten und vier Kreisbeigeordneten, von denen zwei Mitglieder der Bezirksliste sind. Die Unterrichtsräthe haben sich jährlich mindestens zweimal zu versammeln; sie sind zur Begutachtung der auf das niedere Unterrichtswesen bezüglichen Verhältnisse berufen und können die Mitglieder daraus bezügliche Anträge einbringen, welche mit dem Statthalter des Unterrichtsrathes dem Ministerium einzureichen sind. Die genannte Zeitung theilt ferner mit, daß die erste Session der Unterrichtsräthe im März l. J. stattfinden soll und daß die beschlossenen Vorlagen bereits in Bearbeitung begriffen sind.

Der „Pester Echo“ signalisirt eine Ministerkrisis. In einer Wiener Correspondenz wird ausgeführt, die Czachen hätten alle bisherigen Concessionen des Ministeriums Laaffe lediglich als Abschlagszahlung auf noch zu gewärtigende Zugeständnisse angesehen, während Graf Laaffe die bisherigen Concessionen als Maximum seiner Zugeständnisse hinstellt, über welches hinaus er in keinem Falle zu gehen beabsichtigt. Die Differenz sei acht geworden nach der Vorlage des Budgets, in welchem die Czachen ihre Wünsche nicht genügend berücksichtigt fanden. Graf Laaffe soll entschlossen sein, in bestimmtester Form den czechischen Führern mitzutheilen, daß die bisherigen Concessionen nur mit der größten Schwierigkeit durchgesetzt worden seien, daß er weiter nicht geben werde und thue.

Die czechischen Abgeordneten in Wien beabsichtigen, die Forderungen des Memorandums in Bezug auf die Czechisirung der Prager Universität im Besonderen zu verwirklichen. Es soll nämlich ein Antrag auf Erlassung eines Gesetzes eingebracht werden, durch welches für jede Facultät an der Prager Universität zwei Professoren-Colegien, ein deutsches und ein czechisches, errichtet werden, während an der Spitze der Universität der Rector stehen soll. Bis zur Ausführung dieses Projectes wollen die Czachen die sofort leicht erreichbaren Concessionen bezüglich der Universität

1.774

1.780 Coup. 1/176

1.780 Coup. 1/176

1.780 Coup. 1/176

1.780 Coup. 1/176

1.780 Coup. 1/176

1.780 Coup. 1/176